

Präsident Christian Weber

**Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft  
am 12. Januar 2010 um 11.30 Uhr im Festsaal**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen und persönlich möchte ich Sie recht herzlich in der Bremischen Bürgerschaft begrüßen. Ich nehme an, Sie sind bei allen drohenden Stolpersteinen in derzeitiger Winterlandschaft voller Spannung zu diesem Neujahrsempfang gekommen. Voller Vorfreude auf die neuen Erkenntnisse, die ich Ihnen zu vermitteln habe. Falls es dennoch Skeptiker unter Ihnen gibt, die meinen, Neujahrsempfänge könnten ihnen keine neuen Erlebnisse mehr verschaffen, so werde ich sicher auch jene nicht enttäuschen. Denn seien wir ehrlich: Es gibt in dieser Welt kaum etwas, das noch nicht gesagt - und vor allem noch nicht verbreitet worden ist. Aber vielleicht belehrt uns unser heutiger Gastredner eines Besseren. Ich begrüße Robert von Lucius. Er berichtet als politischer Korrespondent in Norddeutschland für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Als Diplomatensohn hat Herr von Lucius viele Städte und Gegenden in der Welt kennen und lieben gelernt. Bremen liegt ihm dabei besonders am

Herzen. Und es übt eine besondere Faszination auf ihn aus, wie wir gleich hören können.

Ich begrüße Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert sowie die Mitglieder des Bremer Senats. Bürgermeister Jens Böhrnsen musste sich leider entschuldigen; er nimmt als Bundesratspräsident am Neujahrsempfang des Bundespräsidenten heute in Berlin teil. Aus Bremerhaven begrüße ich den Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, Oberbürgermeister Jörg Schulz sowie Bürgermeister Michael Teiser. Ich begrüße Staatsgerichtshofspräsident Prof. Rinken. Ich heiße die Vorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen herzlich willkommen und Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft, des Bundestages und Europaparlaments. Ich freue mich über den Besuch unserer Bürgermeister Hans Koschnick, Klaus Wedemeier und Henning Scherf. Ich begrüße herzlich General- und Honorarkonsule sowie weitere Vertreter ausländischer Missionen. Nicht zuletzt begrüße ich ganz herzlich hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der Jüdischen Gemeinde sowie der Bundeswehr. Besonders begrüßen möchte ich Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Landräte aus unserem Umland. Niedersachsen, Bremen und Bremerhaven - es ist ein gutes, freundschaftliches Verhältnis. Ja, es ist ein Geben und ein Nehmen, wie wir gestern wieder auf der Luneplate erfahren

durften. Die Freie Hansestadt Bremen wächst, Niedersachsen schrumpft. Profitieren werden beide Seiten.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr hatten wir Angehörige der bremischen Baubranche als besondere Gäste eingeladen. Heute darf ich Feuerwehrleute aus Bremen, Bremerhaven und dem Umland ausdrücklich begrüßen. Sie stehen hier stellvertretend für den besonderen Bürgersinn und für das am Gemeinwohl orientierte Engagement in unserem Lande. Sie löschen Brände, helfen bei Unwetterschäden, holen Schwerverletzte aus Autowracks. Nicht selten riskieren sie Gesundheit und Leben. Feuerwehren bilden neben den Sportvereinen die wichtigsten organisierten Kräfte unterhalb der politischen Ebene. Ich habe gelesen, dass die Mitgliederzahlen aller sechs im Bundestag vertretenen Parteien und die der Feuerwehren fast identisch sind. Unterschätzen wir die Macht der Feuerwehren also nicht!

Meine Damen und Herren,

wir haben in den vergangenen Tagen bereits in diversen Vorausblicken erfahren dürfen, mit welchen Ereignissen wir für das Jahr 2010 zu rechnen haben. Ich werde den Eindruck nicht los, dass man einmal daran erinnern muss, dass es zwischen Voraus- und Rückblicken auch noch das wahre Leben, die

Realität, gibt. Wäre es nicht für alle eine Erleichterung, wenn man die tatsächlichen Ereignisse abwartete, ehe man sich in Diskussionsrunden die gegensätzlichen Prognosen darüber, wie das Ereignis ausfallen werde, um die Ohren schlägt? Wem nützt das eigentlich? Der Sache in der Regel jedenfalls nicht.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass in der politischen Diskussion die Sach-Auseinandersetzung immer mehr dem Unterhaltungswert untergeordnet wird. Wir amüsieren uns dabei vielleicht nicht zu Tode, wie der US-Medienwissenschaftler Neil Postman es drastisch formulierte, aber wir lassen uns bedenklich oft von der eigentlichen Sache ablenken. Über ungelegte Eier zu kakeln und über gelegte zu rasonieren, ist leicht. In der strittigen Sache aber aktuell den richtigen Weg zu finden, das ist schwer. Übrigens, der erwähnte Neil Postman war der festen Überzeugung, dass Infotainment und die Infantilisierung die größten Gefahren seien, die die demokratische Gesellschaft bedrohen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf die Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen hier in der Bürgerschaft eingehen. Sie, die Abgeordneten haben im Jahr 2009 in einem gesamtgesellschaftlich schwierigen Umfeld sehr gute Arbeit geleistet. Dafür will ich ihnen ein hohes Lob und meinen besten

Dank aussprechen. Sie haben im bisherigen Verlauf der Legislaturperiode sehr konzentriert und mit großem Ernst ein Bündel von Themen diskutiert und vieles als Gesetz beschlossen. Wichtig ist mir, zu erwähnen, dass die Abgeordneten der ständigen Kritik, sie seien zu Reformen nicht mehr fähig, Lügen strafen. Und sie haben bewiesen, wie selbstkritisch sie über ihre eigene Situation zu reflektieren verstehen. Ich nenne das Thema Abgeordnetenentschädigung. Wir schaffen jetzt zeitgemäßere und nachvollziehbarere Regelungen für die Diäten ebenso wie für die Altersversorgung. Manchmal bin ich vom Tempo, mit dem an Gerechtigkeit und Transparenz gearbeitet wird, überrascht. Wir können auch ein wenig stolz auf das Erreichte sein.

Selbstverständlich sehe ich nach wie vor die Notwendigkeit, die Demokratie und die Politik für jedermann wieder attraktiver zu machen. Zum Jahresende hat das Bremer Unternehmen Nextpractice eine Studie veröffentlicht, in der festgestellt wird, dass immer mehr Deutsche das Vertrauen in das politische System verlieren. Fast jeder Zweite stellt danach die repräsentative Demokratie in Frage. Nextpractice folgert daraus: Partizipation ist das große Thema der nächsten Jahre. Teilnahme ja, aber nicht mehr auf den klassischen Wegen in den Parteien. Ist das wirklich so neu? Ringen wir nicht seit Jahrzehnten um die richtige Form von Beteiligung? Und ist

Beteiligung nicht zuallererst einmal eine Frage der persönlichen Bereitschaft?

Wir haben in unserer demokratischen Gesellschaft eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten. Wir haben aber sicher auch ein Defizit an öffentlicher Wahrnehmung dieser Partizipation. Die Mitwirkung findet eben recht häufig im Verborgenen statt. Zudem krankt zum Beispiel Partei-Arbeit daran, dass sie unspektakulär, selten komisch und nur in Ausnahmefällen kurzweilig ist. Schon gar nicht führt sie in der Regel zur lupenreinen Durchsetzung des eigenen Interesses.

Bedeutet der Frust jedes zweiten Deutschen über die Politik und die Politiker nicht möglicherweise viel eher, dass eine überhöhte Erwartungshaltung besteht? Dass im Hinterkopf die Formel eingeprägt ist, jede individuelle Forderung müsse auch Erfüllung finden? Wenn sich die Hausgemeinschaft Nr. 7 einen See mit einem Anleger vor Ihrer Immobilie - meine Damen und Herren - wünscht, wird das zwangsläufig mit dem allgemeinen Bedürfnis nach freier Durchfahrt kollidieren.

Dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, sich einzubringen und mitzumischen, ist die Bremer Politik in jüngster Zeit jedenfalls sehr weit nachgekommen. Ich möchte auf das neue Beirätegesetz verweisen, das die Menschen ermutigt, sich stärker für die Belange in ihrem Stadtteil zu engagieren. Denn

hier sind sie die Experten, wissen besser als anderen, was getan werden sollte. Schließlich die Stadtteilbudgets, die bedeuten, dass die Beiräte in ihrem Raum über die Verwendung von öffentlichen Mitteln entscheiden. Das alles ist für mich ein wichtiger Schritt vorwärts in eine aktive Bürgergesellschaft, die gemeinsam mit staatlichen Stellen die Chancen zum Gestalten ergreift. Denn Angst darf nicht die Basis sein, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Demokratie ist zäh, manchmal langweilig. Demokratie ist die Suche nach einem gemeinsamen Nenner und das ist leider meist der kleinste. Aber dieses System gestattet die Auseinandersetzung über den richtigen Weg in einer zivilisierten und festen Form. Sie werden es mir als Parlamentspräsident nicht verübeln, wenn ich sage, Partizipation unter Umgehung der geschriebenen demokratischen Regeln halte ich gesellschaftspolitisch für gefährlich. Dabei bin ich nachgerade begierig darauf, Vorschläge zu größerer Offenheit, Öffnung und Strukturweichung des Systems zu hören. Und ich glaube, das auch für die Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus sagen zu können.

Meine Damen und Herren,

in der zitierten Studie aus Bremen wird festgestellt, dass die Weltwirtschaftskrise als Hauptverursacher der Demokratieverdrossenheit auszumachen ist. Wenn wir den vielen tatsächlichen Experten ebenso wie den selbsternannten und den selbstverliebten glauben dürfen, so werden wir in diesem Jahr 2010 mit noch größeren Problemen für die Demokratie zu kämpfen haben. Hat sich Deutschland bisher noch ganz achtbar in der Wirtschaftskrise halten können, so wird dieses Jahr extrem schwierig. Mit anderen Worten: 2009 war schon auch schlimm, 2010 wird noch schlimmer. Vor allem, so befürchte ich, was die Arbeitsplätze angeht.

Sie werden verstehen, dass mir bei meiner parteipolitischen Heimat das Thema Arbeitsplätze an die Nieren geht. Als Parlamentspräsident aber sehe ich außerdem einen gesellschaftspolitischen Sprengstoff von höchster Brisanz. Wie soll ein Mensch ein System bejahen, das ihm keinen Arbeitsplatz und kein gesichertes Einkommen garantiert, selbst wenn er zu höchstem Einsatz und Verzicht bereit ist? Ich verstehe jeden, der in einer solchen Situation erst einmal auf Distanz geht.

Der Weg, diese Krise zu meistern, erfordert höchste Anstrengung. Das Tempo der wirtschaftlichen Erholung aber wird nicht ausreichen, um die Beschäftigung stabil zu halten. Die Formel, wirtschaftliche Belebung gleich mehr Arbeitsplätze, gilt nicht mehr. Und Deutschland verfügt bisher über keine



Formel, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Damit ist es beileibe nicht allein auf der Welt. Die alten Strukturen sind noch nicht überwunden und die neuen noch nicht gefunden worden. In dieser Zwischen-Situation befinden wir uns jetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn der Blick auf das neue Jahr durch dunkle Wolken verstellt ist, Menschen dürfen immer hoffen. Für den

Philosophen Ernst Bloch werden gesellschaftliche Kämpfe durch das Prinzip Hoffnung vorangetragen. Für mich ist so gesehen die repräsentative Demokratie der reglementierte Verteilungskampf. Da gibt es Regelverstöße und Tiefschläge, falsche Bewertungen und widerwärtige Vorteilsnahmen.

Dennoch bedeutet das nicht, dass das System falsch ist. Wir dürfen die berechnete Hoffnung haben, dass wir auf einen Weg des Ausgleichs und der Gerechtigkeit zurück finden werden. Aber es wird ein langer Weg dorthin.

Wir sollten uns nicht in dem Glauben wiegen, dass unsere Schwierigkeiten nun besonders exklusiv seien. Betrachtet man die Lebenssituation unserer Vorfahren, so wären die vermutlich froh gewesen, wenn sie unsere Probleme gehabt hätten. Sie haben ihre Situation gelebt, wie sie es mussten und haben sich durchgekämpft, weil sie Hoffnung hatten. Auch wir werden es schaffen.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und dem Land Bremen Kraft und Stärke in diesem schweren bevorstehenden Jahr. Dabei steht die Bürgerschaft vor der Herkulesaufgabe, die Bevölkerung vom neuen Bremer Wahlrecht mit der Möglichkeit vielfältiger Stimmabgaben zu überzeugen und darüber aufzuklären. Auch in diesem Instrument steckt für mich ein Mehr an Partizipation und die Chance, Vertrauen in die Politik zurück zu gewinnen. Insgesamt haben wir die politischen und wirtschaftlichen Weichen gut gestellt. Wir kämpfen darum, die Basis für Bildung weiter zu verbreitern und zu verbessern. Wir sind innovativ auf vielen Gebieten. Wir sind ein verlässlicher und verantwortungsbewusster Partner im föderalen System Deutschlands. Wir haben Partner und Freunde in Europa und der Welt. Nicht zuletzt können wir ein Gemeinwesen vorzeigen, in dem die individuelle Initiative gewünscht und gefördert wird. In dem zugleich der soziale Zusammenhalt höchste Priorität genießt. Wir haben die besten Voraussetzungen, auch dieses Jahr gut zu meistern. Dazu wünsche ich Ihnen allen Gesundheit, Zuversicht und fröhliche Schaffenskraft.

Vielen Dank!